

Der Gegensatz der Haltungen, der sich hier auftut, erscheint sehr schroff. Aber er kann, wie Louis Beirnaert in sehr bemerkenswerten Ausführungen der Monatschrift der französischen Jesuiten „Etudes“ (Oktober 1945) zeigt, überwunden werden, wenn man die echt katholische Weite hat, anzuerkennen, daß aus ein und derselben Situation für verschiedene Christen ganz verschiedene Berufungen hervorgehen können, die jede für sich eine echte und legitime Antwort auf die Situation sein kann, ohne sie jedoch zu erschöpfen.

„Der christliche Gewerkschaftler will, und zwar sehr berechtigterweise, die Kraft und Macht seiner Gewerkschaft vermehren, und sei es zum Schaden einer von der Masse gewünschten Einheit der Arbeiterschaft und auch zum Schaden seiner Fühlung mit dieser Masse. Der katholische Aktivist will die Masse heben, und deshalb muß er mit ihr leben, da wo sie ist, muß an ihren Forderungen und Bestrebungen teilnehmen, und sei es zum Schaden der Macht der christlichen Gewerkschaft und der Einheit der Katholiken im Bereich des gewerkschaftlichen Handelns.

„Unter der doppelten Voraussetzung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung, so wie sie ist, keine Aussicht hat, die Einheit der Arbeiterschaft in ihrem Sinne zu verwirklichen, und daß die Masse auf seiten der C.G.T. steht, glauben wir, daß diese beiden Gesichtspunkte gerechtfertigt sind.

„Die heidnische Masse muß tatsächlich gehoben werden. Der christliche Aktivist, der in die C.G.T. geht, hat nicht die Hoffnung, sie zu erobern. Dafür kennt er sie zu gut. Aber er will zunächst einmal bei seinen Brüdern sein, um mitten unter ihnen und wie einer von ihnen eine Bewegung einzuleiten, die ganz unten und bei den elementarsten Bedürfnissen des Arbeiterlebens beginnt, um die Arbeiter in einem christlichen Lebensgefühl zu vereinen: die Christianisierungsbewegung scheint ihm der Gewerkschaftsbewegung vorzuziehen.

„Aber ebensowohl gilt es, sich um die Verchristlichung der Institutionen zu kümmern. Der christliche Gewerkschaftler kämpft darum, in seinem Beruf und in der Gesellschaft den Einfluß der christlichen Soziallehren aufrechtzuerhalten und zu verbreiten. Und das kann er im Augenblick nur in einer selbständigen Gewerkschaft, also bei einer Mehrheit von Gewerkschaften.

„Sorge für die Menschen, um sie für Christus zu erobern, und Sorge für die Institutionen, um sie christlich zu machen, das sind die beiden sich ergänzenden Pflichten, die die Kirche Christi wahrnehmen muß und die sie nicht durch dieselben Menschen erfüllen kann. Es ist also normal und providentiell, daß sich unter der christlichen Arbeiterschaft eine Verteilung der Funktionen vollzieht.

„Wir haben oben gesagt: ‚im Augenblick‘. Auch die Spannung, die wir zwischen den christlichen Gewerkschaften und der M. P. F. feststellen können, zeigt an, daß das ganze Problem nicht zu lösen ist, bis die Bewegung der Verchristlichung der Massen und die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften wieder aufeinander bezogen sind, das heißt aber letzten Endes, bis die

Arbeitermasse in einem christlichen Lebensgefühl so geeint ist, daß die von ihr geforderte gewerkschaftliche Einheit von christlichen Ideen beseelt ist. Inzwischen ist es gut, wenn jeder sich Rechenschaft darüber ablegt, was er dem andern schuldet. Würde die christliche Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die Vielheit der Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Freiheit verschwinden vor einer C. G. T., die so geblieben ist, wie sie jetzt ist, so wäre damit ein wichtiges Bollwerk der Verteidigung gegen den Totalitarismus gefallen... Würde sich die Bewegung der Christianisierung von den Massen trennen, darauf verzichten, sie dort aufzusuchen, wo sie sind, und an ihren Bestrebungen teilzunehmen, so könnte auch die christliche Gewerkschaftsbewegung die Hoffnung aufgeben, eines Tages ihre Idee triumphieren zu sehen... .

„Möge also der christliche Gewerkschaftler vor dem Gedanken an seine gegenwärtige Macht die Zukunft seiner Idee nicht vergessen, und möge der christliche Aktivist sich der zeitlichen Bedingungen seines Tuns genügend bewußt bleiben, um das Bollwerk erkennen zu können, das die heutige Vielheit der Gewerkschaften auch für ihn bildet. Möge eine verstehende Liebe, die auch den entgegengesetzten Standpunkt zu würdigen imstande ist, sie im Bewußtsein vereinen, daß sie sich ergänzende Rollen im Kommen des Gottesreiches spielen.“

Die holländischen Bischöfe zur Gewerkschaftsfrage

Die holländischen Bischöfe haben in einem gemeinsamen Fasten-Hirtenbrief vom 17. Februar 1946 auch zu der Frage der Teilnahme von Katholiken an kommunistischen und sozialistischen Organisationen Stellung genommen. 1919 und 1923 hatten sie entschieden, daß jede Teilnahme von Katholiken an solchen Organisationen unter der Strafe des Ausschlusses von den Sakramenten und der Verweigerung der kirchlichen Beerdigung verboten sei. Der neue Hirtenbrief stellt nun fest, daß dieses Verbot auch weiterhin gilt, und er bezieht auch die neugegründete Einheitsgewerkschaft in den Kreis der verbotenen Organisationen ein, da „sie unter der Maske der nationalen Einheit ihr Ziel mit Mitteln verfolgt, die ihren kommunistischen Charakter ganz zweifellos verraten“.

Die Einheitsgewerkschaftsbewegung ist als Untergrundbewegung während der deutschen Besetzungszeit entstanden und hat ihre öffentliche Tätigkeit im Herbst 1944 in dem zuerst befreiten Gebiet des Landes aufgenommen. Sie gab sich damals als neutrale Organisation, und eine Anzahl Katholiken trat ihr bei. So war z. B. der Vorsitzende der Bergarbeiter-Einheitsgewerkschaft Katholik. Im Verlauf des Jahres 1945 trat aber immer mehr in Erscheinung, daß die Bewegung von den Kommunisten vollkommen beherrscht wurde, so daß die holländischen Bischöfe es für notwendig hielten, die Lage durch eine autoritative Feststellung zu klären. Inzwischen ist in Holland die katholische Gewerkschafts-

bewegung wieder ins Leben gerufen worden, und sie hat heute schon wieder mehr Mitglieder als vor ihrer Unterdrückung durch die deutsche Besatzung.

Über die sozialistischen Organisationen sagen die Bischöfe dann weiter Folgendes: „In den sozialistischen Organisationen, wie z. B. in dem Niederländischen Gewerkschaftsverband, zeigt sich eine Tendenz, sich von den marxistischen Prinzipien, die die Kirche immer verdammt hat, und von der rein materialistischen Ausrichtung zu lösen. Deswegen glauben die Führer dieser Organisationen, daß sie nicht mehr für Katholiken verboten seien. Obwohl uns die Entwicklung, die sich in den sozialistischen Verbänden vollzieht, nicht verborgen geblieben ist, scheint es uns ein Gebot der Klugheit zu sein, vorläufig unsere Entscheidung über die Zugehörigkeit der Katholiken zu sozialistischen Organisationen aufrechtzuerhalten, bis die Tatsachen beweisen, daß ihre Ausrichtung nicht mehr mit den christlichen Grundsätzen im Widerspruch steht. Wenn dieser Augenblick gekommen ist, werden wir weitere Erklärungen zu dieser Frage abgeben.“

Zu der Frage neutraler sozialer und kultureller Bewegungen sagen die Bischöfe, daß, solange diese Organisationen keine antichristlichen Ziele verfolgen, die Zusammenarbeit von Katholiken mit ihnen zur Aufrichtung einer besseren sozialen Ordnung zwar nicht verboten, aber die eigentliche Zugehörigkeit von Katholiken zu solchen Vereinigungen nicht im Sinne der Bischöfe sei, sie sollten vielmehr nur solchen Organisationen angehören, die eindeutig einen christlichen Standpunkt vertreten.

Zu diesem Hirtenbrief veröffentlicht die katholische Tageszeitung „De Tijd“ eine aus amtlicher Quelle stammende Erläuterung, die besagt, daß sich der Hirtenbrief und sein Verbot nur auf Organisationen sozialen und kulturellen Charakters beziehe, nicht jedoch auf Organisationen politischen Charakters. Das Verbot richtet sich also gegen die Zugehörigkeit zur Einheitsgewerkschaft und zu den sozialistischen Gewerkschaften, in deren Fall es sich jedoch um eine vorläufige Maßnahme aus Klugheitsgründen handelt, deren prinzipieller Charakter dahingestellt bleibt, bis die Entwicklung dieser Organisationen klarer zu übersehen ist. Über die Zugehörigkeit zu politischen Parteien spricht sich der Hirtenbrief jedoch nicht aus, obwohl die Bischöfe auch hier der Meinung sind, daß die Zugehörigkeit zu solchen Parteien, die eindeutig auf christlichem Standpunkt stünden, vorzuziehen sei.

Die neugegründete holländische Arbeiterpartei „Arbeid“ wird also von dem Verbot nicht getroffen. Diese neue Arbeiterpartei ist entstanden aus der früheren sozialistischen Partei, den Radikaldemokraten, den christlichen Demokraten, einigen Gruppen der protestantischen Widerstandsbewegung und einer katholischen Widerstandsgruppe „Christofoor“. Sie schließt Kommunisten aus ihren Reihen aus. Das Programm dieser Arbeiterpartei sieht eine Nationalisierung der Bergwerke, der Banken und anderer Monopole, eine ausgebildete So-

zial- und Familienversicherung vor und erkennt das Recht der überseeischen Teile des holländischen Reiches auf Selbstbestimmung an. In Bezug auf die religiösen Fragen enthält das Programm den Satz, daß die Kirchen über alle Dinge befragt werden sollen, die sie angehen.

Eine internationale Tagung zum Studium der sozialen Fragen

Der nordamerikanische Katholizismus betrachtet — worauf wir an anderer Stelle dieses Heftes schon hingewiesen haben — den Verkehr und den Meinungsaustausch mit dem Katholizismus der Länder Süd- und Mittelamerikas als eine aus der politischen Situation der interamerikanischen Zusammenarbeit sich unmittelbar ergebende dringliche Aufgabe. Da nun der Schwerpunkt aller öffentlichen Tätigkeit der amerikanischen Katholiken in den Fragen der Erneuerung der Gesellschaft durch Anwendung der christlichen Grundsätze in Wirtschaft, Politik und Sozialpolitik und insbesondere in der Prüfung und Klärung der sozialen Probleme liegt, und da eben diese Probleme der sozialen Ordnung bzw. Unordnung auch zu den schwierigsten und dringendsten Fragen der Kirche Lateinamerikas gehören, so ist es nicht verwunderlich, daß die Initiative der nordamerikanischen Katholiken sich besonders auf eine Zusammenarbeit in diesem Bereiche richtet.

Schon im Jahre 1942 hatte in Amerika eine Zusammenkunft von Vertretern der Kirchen und der Organisationen der katholischen Aktion Mittel- und Südamerikas mit nordamerikanischen Führern der Katholischen Aktion zur gemeinsamen Beratung über soziale Fragen stattgefunden. Die Initiative ging schon damals von der katholischen Wohlfahrtskonferenz aus, und es hatten sich 15 Vertreter der anderen amerikanischen Staaten dazu eingefunden. Nachdem der Zusammenschluß der lateinischen Staaten durch die politischen Ereignisse seit 1939 so erhebliche Fortschritte gemacht hat und nachdem inzwischen wohl jeder eingesehen und anerkannt hat, daß die Begründung eines dauerhaften und wahren Friedens von einer gründlichen Lösung der dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme abhängt, mußte der Versuch, eine zweite solche Versammlung abzuhalten, ein erheblich größeres Echo und erheblich größeren Anklang als damals finden.

Die Nationale Katholische Wohlfahrtskonferenz zusammen mit der kubanischen Organisation der Katholischen Aktion rief im Januar 1946 zu einer interamerikanischen katholischen Studientagung über soziale Fragen in Havanna auf Kuba zusammen. Auf dieser Tagung waren alle Staaten Amerikas und auch die europäischen Kolonien in Mittel- und Südamerika vertreten. Außerdem hatten fünf nichtamerikanische Länder, nämlich Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande Beobachter zu der Tagung entsandt. Die amerikanische Presse notierte, daß